

BUNDESMINISTERIUM
FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Zl. 503.03.02/403-II.11a/95

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten
zum Nationalrat Mag. Walter Guggenberger
und Genossen betreffend Mißbrauch der
überflugsgenehmigung durch einen NATO-
Kampfbomber

XIX. GP.-NR
1920 /AB
1995 -11- 27
2032

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

Parlament
1017 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Walter Guggenberger und Genossen haben am 12. Oktober 1995 unter der Nr. 2032/J an mich eine schriftliche Anfrage betreffend Mißbrauch der überflugsgenehmigung durch einen NATO-Kampfbomber gerichtet, welche den folgenden Wortlaut hat:

1. Teilen Sie die Auffassung, daß "Scheinangriffe durch NATO-Kampfbomber" auf eine österreichische Landeshauptstadt einen empörenden Mißbrauch von Überflugsgenehmigungen darstellen ?
2. Sind Sie bereit, gegen diese Vorgangsweise bei der deutschen Bundesregierung Protest einzulegen ?

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1.:

Der Überflug wurde gemäß den verbindlichen SR-Res. 982 und 998 der Vereinten Nationen genehmigt. Die näheren Einzelheiten, wie z.B. die Flughöhe, fallen in die ausschließliche Zuständigkeit von Austro-Control Ges.m.b.H. beziehungsweise der lokalen Flugsicherung, die dem Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr verantwortlich sind. Der erfolgte Tiefflug, bei dem es sich keineswegs um einen "Scheinangriff" handelte, wurde über Ersuchen des Piloten von der Flugsicherung gestattet.

- 2 -

Zu 2.:

Da es sich um einen genehmigten Überflug gemäß den verbindlichen SR-Res. 982 und 998 der Vereinten Nationen handelte, und die zuständigen deutschen Behörden bereits von sich aus ihre Piloten angewiesen haben, in Hinkunft keine Ersuchen um Tiefflüge dieser Art einzubringen, erscheint ein Protest nicht erforderlich.

Wien, am 21. November 1995

Der Bundesminister
für auswärtige Angelegenheiten

